

Basiswissen BGB kompakt

Ausgewählte Fragen und Antworten (Stand 01.01.2019)

I. Basiswissen BGB (Allgemeines Recht)

1. Was bedeutet der Begriff Rechtsfähigkeit?

Unter diesem Begriff versteht man die Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten zu sein.

2. Wer besitzt die Rechtsfähigkeit?

Rechtsfähigkeit besitzen natürliche Personen und die juristischen Personen.

3. Warum kann ein Hund nicht als Erbe eingesetzt werden?

Tiere sind im deutschen Recht nicht rechtsfähig. Tiere sind grundsätzlich Sachen gleichgestellt (§ 90 a Satz 3 BGB).

4. Wann beginnt und wann endet die Rechtsfähigkeit des Menschen?

Rechtsfähig ist der Mensch mit der Vollendung der Geburt (§ 1 BGB). Die Rechtsfähigkeit des Menschen endet mit seinem Tode.

5. Wann erlangen juristische Personen des privaten Rechts Rechtsfähigkeit?

Juristische Personen des privaten Rechts erlangen die Rechtsfähigkeit mit der Eintragung in das Vereinsregister, Handelsregister oder Genossenschaftsregister.

6. Wann erlangen juristische Personen des öffentlichen Rechts Rechtsfähigkeit?

Juristische Personen des öffentlichen Rechts erlangen die Rechtsfähigkeit kraft Gesetz.

7. Was bedeutet Geschäftsfähigkeit?

Unter der Geschäftsfähigkeit versteht man die Möglichkeit einer natürlichen Person, rechtswirksam persönlich am Rechtsverkehr teilzunehmen, insbesondere rechtsgeschäftliche Willenserklärungen abzugeben und entgegenzunehmen.

8. Welche Stufen der Geschäftsfähigkeit gibt es und welche Rechtsfolge hat dabei die Abgabe einer Willenserklärung?

Die Geschäftsfähigkeit richtet sich nach Altersstufen und nach bestimmten persönlichen Eigenschaften:

- a. geschäftsunfähig ist, wer das 7. Lebensjahr noch nicht vollendet hat (oder dauerhafte Störung der Geistestätigkeit befindet) – Rechtsgeschäfte sind nichtig*
- b. beschränkt geschäftsfähig ist, wer zwar das 7., nicht jedoch das 18. Lebensjahr vollendet hat – Rechtsgeschäfte sind schwebend unwirksam*
- c. unbeschränkt (voll) geschäftsfähig ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat – Rechtsgeschäfte sind wirksam*

9. Minderjährige, die das siebente Lebensjahr vollendet haben, sind bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres "beschränkt geschäftsfähig". Was ist darunter zu verstehen?

- a. *Der Minderjährige bedarf zu einer Willenserklärung, durch die er nicht lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt, der Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters (§ 107 BGB).*
- b. *Schließt der Minderjährige einen Vertrag ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, so hängt die Wirksamkeit des Vertrages von der Genehmigung des Vertreters ab (§ 108 BGB).*

10. Welche Gründe können vorliegen, dass Rechtsgeschäfte anfechtbar sind?

Gründe für eine Anfechtbarkeit von Rechtsgeschäften können u.a. sein: arglistige Täuschung, widerrechtliche Drohung,....

11. Welche Gründe können vorliegen, so dass Rechtsgeschäfte nichtig sind?

Gründe für eine Nichtigkeit von Rechtsgeschäften können u.a. sein: Formverstoß, Gesetzesverstoß,...

12. Was versteht man unter einem Erklärungsirrtum (§ 119 Abs.1 S. 1 (2. Alternative) BGB)?

Der Wortlaut des Gesetzes ist unklar und missverständlich. § 119 Abs.1 S. 1 (2. Alternative) BGB sagt lediglich, dass der Erklärende „eine Erklärung dieses Inhalts nicht abgeben wollte“. Beim Erklärungsirrtum irrt sich der Erklärende über den äußeren Geschehensablauf der von ihm abgegebenen Willenserklärung.

13. Was ist das Kennzeichen des „Inhaltsirrtums“ (§ 119 Abs.1 S. 1 (1. Alternative) BGB)?

Der Wortlaut des Gesetzes ist unklar und missverständlich. § 119 Abs.1 S. 1 (1. Alternative) BGB sagt lediglich, dass der Erklärende „über den Inhalt seiner Erklärung im Irrtum war“. Bei einem Inhaltsirrtum entspricht der äußere Geschehensablauf dem Willen des Erklärenden. Der Irrtum liegt in der Bedeutung und der Tragweite seiner Erklärung.

14. Was ist unter einem Irrtum im Motiv zu verstehen?

Ein Irrtum im Motiv liegt dann vor, wenn sich der Erklärende in seinen Beweggründen, die ihn zur Abgabe der Willenserklärung bewogen haben, getäuscht hat (beispielsweise: Kauf eines Hochzeitsgeschenks, die Hochzeit findet gar nicht statt).

15. Was ist das Kennzeichen der arglistigen Täuschung?

Man sagt gemeinhin die „Vorspiegelung falscher Tatsachen“. Auch wenn diese Formulierung einen Widerspruch enthält (gibt es „falsche“ Tatsachen?), so macht sie doch hinreichend deutlich, worum es geht: betrügerisches Verhalten.

16. Wie unterscheidet sich eine „anfechtbare“ von einer „nichtigen“ Willenserklärung?

Eine nichtige Willenserklärung ist ohne weiteres Zutun des Erklärenden unwirksam. Eine anfechtbare Willenserklärung gibt dem Erklärenden lediglich die Möglichkeit, seine Erklärung mit rückwirkender Kraft zu vernichten (§ 142 BGB).

17. Was ist darunter zu verstehen, wenn ein anfechtbares Rechtsgeschäft als „schwebend unwirksam“ bezeichnet wird?

Ein anfechtbares Rechtsgeschäft ist so lange wirksam, bis es durch rechtswirksam angefochten wird. Ab diesem Moment ist es als von Anfang an nichtig anzusehen (§ 142 BGB).

18. Binnen welcher Frist muss die Erklärung angefochten werden?

Die Irrtumsanfechtung muss „unverzüglich“ nach Kenntnis des Anfechtungsgrundes erfolgen (§ 121 BGB). „Unverzüglich“ bedeutet: „ohne schuldhaftes Zögern“. Bei der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung oder rechtswidriger Drohung setzt § 124 BGB eine Jahresfrist ab Kenntnis der Täuschung bzw. Wegfall der Zwangslage.

19. Welche Formtypen unterscheidet das BGB?

Das BGB kennt Formvorschriften:

- *Schriftform (§ 126 BGB),*
- *Elektronische Form (§ 126 a BGB),*
- *Textform (§ 126 b BGB),*
- *Öffentliche Beglaubigung (§ 129 BGB),*
- *Notarielle Beurkundung (§ 128 BGB).*

Beispiele:

Bürgschaft unter Privatleuten

Grundstückskauf

20. Welche Konsequenzen hat der Formmangel?

- a. *Der Formmangel führt zur Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts (§ 125 BGB).*
- b. *Teilweise kann der Formmangel durch die Erfüllung geheilt werden.*

21. Was versteht man unter der Verjährung und welche Wirkung hat sie?

Der Verjährung unterliegen Ansprüche (§ 194 Abs.1 BGB). Nach Eintritt der Verjährung ist der Verpflichtete berechtigt aber nicht verpflichtet, die Leistung zu verweigern (§ 222 BGB). Die Verjährung gewährt eine „Einrede“ auf Dauer. Leistet der Schuldner trotz Verjährung, kann er die Leistung jedoch nicht mehr zurückfordern (§ 222 Abs.2 S. 1 BGB).

22. Welche Verjährungsfristen gibt es?

1. *Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt 3 Jahre (§ 195 BGB).*
2. *Daneben gibt es kürzere oder längere gesetzliche Verjährungsfristen:*
 - a. *6 Monate beträgt die Verjährungsfrist für Ersatzansprüche des Vermieters nach Rückgabe der Mietsache (§ 548 Abs.1 BGB).*
 - b. *2 Jahre beträgt die Verjährungszeit für Mängelansprüche im Kaufrecht (§ 438 Abs.1 Nr.3).*
 - c. *5 Jahre beträgt die Verjährungsfrist für Mängelansprüche bei gekauften Bauwerken (§ 438 Abs.1 Nr.2 BGB).*
 - d. *5 Jahre bei Verjährung von Mängelansprüchen aus Bauleistungen (§ 634a Abs.1 Nr.2).*
 - e. *10 Jahre beträgt die Verjährungsfrist für Ansprüche auf Übertragung des Grundstückeigentums sowie die Ansprüche auf die Gegenleistung (§ 196 BGB).*
 - f. *30 Jahre beträgt die Verjährungsfrist für Herausgabeansprüche aus dem Eigentum (§ 197 BGB).*

23. Wann beginnt die Verjährungsfrist?

Die regelmäßige Verjährungsfrist beginnt mit dem Schluss des Jahres in dem der Anspruch entstanden ist und 2. der Gläubiger von den Anspruch begründenden Umständen Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen musste (§ 199 Abs.1 BGB). Bei Ansprüchen, die nicht der regelmäßigen Verjährungsfrist von 3 Jahren unterliegen, beginnt die Verjährungsfrist mit der Entstehung des Anspruchs.

24. Was bedeuten Hemmung und Neubeginn der Verjährung?

Bei einer Hemmung der Verjährung wird der Zeitraum, während dessen die Verjährung gehemmt ist, nicht in die Verjährungsfrist eingerechnet (§ 209 BGB). Nach Wegfall der hemmenden Umstände läuft die früher begonnene Verjährung weiter. Bei einer Unterbrechung läuft die früher begonnene Verjährung nicht weiter (§ 212 BGB). Die Verjährungszeit beginnt erneut von vorne zu laufen.

25. Welche Wirkung haben Mahnungen auf die Verjährungsfrist?

Mahnungen haben im kaufmännischen Mahnverfahren keinen Einfluss auf die Verjährungsfrist, da sie außergerichtlich sind.

26. Welche Wirkung haben Stundungsbitten auf die Verjährungsfrist?

Stundungsbitten führen zu einem Neubeginn der Verjährungsfrist (Neubeginn mit Ablauf des Tages 24:00 Uhr). Der Antrag auf Stundung hat jedoch keine Auswirkung, wenn die Verjährungsfrist noch gar nicht begonnen hat.

27. Welche Wirkung hat eine Stundungsgewährung auf die Verjährungsfrist?

Die Gewährung einer Stundung bewirkt eine Hemmung für die Dauer der Stundung. Um den Zeitraum der Hemmung verschiebt sich das Ende der Verjährungsfrist.

28. Können nach Eintritt der Verjährung versehentlich gezahlte Geldbeträge zurückgefordert werden?

Kaufverträge werden durch Zahlung erfüllt. Der Anspruch erlischt nicht, ist nur lediglich rechtlich nicht mehr durchsetzbar.

29. Was ist ein Kaufvertrag?

Ein Kauf ist ein gegenseitiger Vertrag, in welchem sich der Verkäufer dazu verpflichtet, dem Käufer die verkaufte Sache zu übergeben und das Eigentum daran zu verschaffen - während sich der Käufer verpflichtet, den vereinbarten Kaufpreis zu zahlen und die Sache abzunehmen (§ 433 BGB).

30. Welche Merkmale hat ein Verbrauchsgüterkauf?

Gemäß der Definition in § 474 BGB ist Verbrauchsgüterkauf der Kauf einer beweglichen Sache durch einen Verbraucher (§ 13 BGB) als Käufer von einem Unternehmer (§ 14 BGB) als Verkäufer. Die Gewährleistungsfrist für Mängel bei neuen Sachen im Rahmen des Verbrauchsgüterkaufs beträgt mindestens 2 Jahre ab Übergabe der Sache. Der Verkäufer trägt in den ersten 6 Monaten die Beweislastumkehr, dass der Gegenstand zum Zeitpunkt der Übergabe fehlerfrei war.

31. Welche Verpflichtungen ergeben sich aus einem Kaufvertrag?

- Abnahme der Ware
- Annahme des Geldes
- Übergabe fehlerfreier Ware
- Übertragung des Eigentums an der Ware

32. Wo ist der Leistungsort = Erfüllungsort?

Der Leistungsort ist der Ort, an welchem der Schuldner zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses seinen Wohnsitz oder Geschäftssitz hatte, wenn er nicht anderweit bestimmt war (§ 269 BGB).

33. Was ist unter dem Erfüllungsort zu verstehen?

Der gesetzliche Erfüllungsort ist der Ort, an dem der jeweilige Schuldner seine Leistung zu erbringen hat.

34. Was ist unter dem Gerichtsstand zu verstehen?

Der Gerichtsstand ist der Ort, an dem bei Streitigkeiten aus dem Kaufvertrag Klage eingereicht werden kann. Es ist der Sitz des Gerichtes, in dessen Bezirk der Beklagte seinen Geschäftssitz hat.

35. Wie definiert das Gesetz: Allgemeine Geschäftsbedingungen?

Allgemeine Geschäftsbedingungen sind vorformulierte Vertragsbedingungen für eine Vielzahl von Verträgen, die eine Vertragspartei (=Anwender) der anderen Vertragspartei beim Abschluss eines Vertrags stellt (§ 305 Abs.1 BGB).

36. Welches sind die Voraussetzungen für den Schuldnerverzug?

1. *das Bestehen einer Verpflichtung zur Leistung;*
2. *kein Fall der Unmöglichkeit;*
3. *Fälligkeit;*
4. *es bestehen keine Einreden;*
5. *Mahnung oder Termin oder Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 Abs.2 BGB);*
6. *30 Tage-Regelung ohne Mahnung (§ 286 Abs.3 BGB);*
7. *„zu vertreten haben“ (§ 287 BGB).*

37. Was sind die Voraussetzungen des Gläubigerverzugs?

Der Gläubiger kommt in Verzug, wenn er die ihm angebotene Leistung nicht annimmt (§ 293 BGB).

38. Welche 5 gesetzlichen Gewährleistungsansprüche hat der Käufer einer mangelhaften Sache?

1. *Nacherfüllung (§§ 437 Nr.1, 439 BGB);*
2. *Kaufpreisminderung (§§ 437 Nr.2, 441 BGB);*
3. *Rücktritt (§§ 437 Nr.2, 440, 323, 326 Abs.5 BGB);*
4. *Schadensersatz (§§ 437 Nr.3, 440, 280, 281, 283, 311 a BGB);*
5. *Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§§ 437 Nr.3, 284 BGB).*

39. Was versteht man unter Nacherfüllung?

Der Käufer kann nach seiner Wahl:

- a. *Beseitigung des Mangels oder*
- b. *Lieferung einer mangelfreien Sache verlangen (§ 439 BGB).*

40. Was verstehen Sie unter einem Kauf unter Eigentumsvorbehalt?

Beim Kauf unter Eigentumsvorbehalt liefert der Verkäufer die Sache dem Käufer sofort aus. Der Käufer wird Besitzer und kann die Sache nutzen. Dem Käufer wird das Eigentum unter der aufschiebenden Bedingung (§ 158 Abs.1 BGB) der vollständigen Zahlung des Kaufpreises übertragen (§ 449 BGB)

41. Wie geht nach BGB Eigentum über?

- a) *bei beweglichen Sachen durch Einigung und Übergabe*
- b) *bei Grundstücken durch Auflassung und Eintragung in das Grundbuch*
- c) *bei bereits im Besitz befindlichen Sachen durch Einigung*
- d) *bei z.Zt. nicht im Besitz befindlichen Sachen durch Einigung und Abtretung des Herausgabeanspruches*
- e) *bei Sicherungsübereignung durch Einigung und die Vereinbarung eines Besitzkonstitutes*

42. Was ist einer Hypothek und einer Grundschuld gemeinsam und worin besteht der Unterschied zwischen ihnen?

Beides sind Pfandrechte an Grundbesitz. Die Hypothek setzt dabei das Bestehen einer Forderung (akzessorisch) voraus (§ 1113 BGB). Bei der Grundschuld wird das Grundstück mit einer Geldsumme belastet; sie setzt jedoch nicht das Bestehen einer Forderung voraus (§ 1192 BGB).

43. Worin unterscheiden sich Schuldrecht und Sachenrecht?

Das Schuldrecht befasst sich mit der Regelung der Rechtsbeziehungen zwischen Personen (= schuldrechtliche Forderungen (beispielsweise Ansprüche aus Kaufverträgen gem. § 433 BGB)). Das

Sachenrecht befasst sich mit den Rechten der Personen an Sachen (=dingliche Rechte, z.B. Eigentum).

44. Wie kommt ein Vertrag zustande?

Ein Vertrag kommt durch zwei wechselseitig übereinstimmende Willenserklärungen zustande: Antrag und Annahme (§§ 145 ff. BGB).

45. Welche Vertragsarten unterscheidet das BGB?

Kaufvertrag § 433 BGB

Darlehensvertrag § 488 BGB

Verbraucherdarlehen § 488 BGB

Mietvertrag § 535 BGB

Pachtvertrag § 581 BGB

Leihvertrag § 598 BGB

Dienstvertrag § 611 BGB

Werkvertrag § 631 BGB

...

46. Wie unterscheiden sich Miete und Leihe voneinander?

Die Leihe ist unentgeltlich, die Miete entgeltlich.

47. Wie unterscheiden sich Miete und Pacht?

Bei einer Pacht kommt neben dem Recht zum Gebrauch der Sache das Recht der Fruchtziehung hinzu (§ 581 BGB). Früchte einer Sache sind die Erzeugnisse der Sache und die sonstige Ausbeute, welche aus der Sache ihrer Bestimmung gemäß gewonnen wird (§ 99 BGB).

48. Wie sind Dienstvertrag und Werkvertrag voneinander abzugrenzen?

Ein Werkvertrag unterscheidet sich vom Dienstvertrag dadurch, dass beim Werkvertrag der Erfolg (das Arbeitsergebnis) geschuldet wird, bei einem Dienstvertrag lediglich die Dienstleistung als solche. Der Dienstvertrag verpflichtet zum „Wirken“, der Werkvertrag zum „Werk“.

49. Was versteht man unter dem „Leasing“ und welche Vertragsoptionen bestehen?

Leasing ist eine besondere Form der Gebrauchsüberlassung über bewegliche oder unbewegliche Investitions- und Konsumgüter (to lease = mieten).

a. direktes Leasing (Hersteller ist Leasinggeber)

b. indirektes Leasing (Leasinggesellschaft ist Leasinggeber)

Leasingverträge enthalten mietrechtliche und kaufrechtliche Elemente mit 3 unterschiedlichen Optionen der Vertragsgestaltung:

c. ohne Option: keine Möglichkeit zur Vertragsverlängerung oder späteren Kaufes

d. mit Vertragsverlängerungsoption: Verlängerung des Vertrages nach Ablauf der Grundmietzeit

e. mit Kaufoption: Leasinggut kann nach Ablauf der Grundmietzeit erworben werden

Sonderfall: sale and lease back – Verkauf des Anlagegutes mit sofortiger „Zurückmietung“

50. Was verstehen Sie unter dem Begriff der Einrede der Vorausklage?

Ein Bürge kann die Befriedigung des Gläubigers verweigern, wenn dieser nicht eine Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner ohne Erfolg versucht hat (§ 771 BGB).

51. Was versteht man unter einer selbstschuldnerischen Bürgschaft?

Der selbstschuldnerische Bürge verzichtet auf die Geltendmachung der Einrede der Vorausklage (§ 773 Abs.1, 771 BGB). Verweigert der Schuldner die Zahlung, kann somit der Gläubiger sofort den Bürgen in Anspruch nehmen.

52. Was versteht man unter einer Sicherungsabtretung?

Die Sicherungsabtretung ist eine Abtretung von bestehenden und künftigen Zahlungsforderungen mit der Abrede für das Innenverhältnis, dass sie dem Kreditgeber Sicherheit für dessen Forderungen verschaffen soll (§ 398 BGB). Sie wird in der Regel als stille Zession vereinbart. Der Kreditgeber wird voll Inhaber der abgetretenen Forderung, so dass sie dem Zugriff anderer Gläubiger des Sicherungsgebers und einem möglicherweise über dessen Vermögen eröffneten Insolvenzverfahren entzogen ist.

53. Was ist unter einer Zession zu verstehen?

Zession (deutsch Forderungsabtretung) ist eine vertragliche Abmachung zwischen Kreditgeber (Zessionar) und Kreditnehmer (Zedent), die die Übertragung einer Forderung vom bisherigen Gläubiger (Zedenten) auf den neuen Gläubiger (Zessionar) zum Inhalt hat. Die Verpflichtungen des Kreditnehmers aus einem Kreditvertrag bleiben jedoch bestehen und er trägt auch weiterhin das Risiko des Forderungsausfalles gegenüber den Drittschuldnern. (§398 BGB)

54. Worin besteht der Unterschied zwischen einer stillen und einer offenen Zession?

Bei der stillen Zession tritt der Zedent seine Forderung ab, ohne den Schuldner hierüber zu informieren. Dieser zahlt weiterhin an den Zedenten, der dann seinerseits die Zahlung an den Zessionar weiterleitet. Bei der offenen Zession wird der Schuldner über die Forderungsübergabe informiert. Er ist nun verpflichtet, direkt an den Zessionar zu zahlen.

55. Worin besteht der Unterschied zwischen einer Global- und einer Mantelzession?

Bei der Mantelzession werden bestimmte, gegenwärtig bestehende Forderungen bis zu einer vereinbarten Gesamtsumme übertragen, die in einem Forderungsverzeichnis konkret aufgelistet sind. Erst die Übergabe dieser Debitorenliste bewirkt das rechtswirksame Entstehen der Mantelzession. Werden diese Forderungen beglichen, so muss der Zedent immer wieder neue Forderungen in aktuellen Forderungsverzeichnissen nachschieben, um den vereinbarten Mindestdeckungsbestand aufrechtzuerhalten.

Im Gegensatz dazu werden bei einer Globalzession Forderungen von bestimmten Gruppen übertragen. Diese Forderungen müssen hinreichend bestimmt sein. Alle bestehenden und zukünftigen Forderungen gehen auf den Zessionar über. Werden Forderungen beglichen, so werden diese unmittelbar durch eine neu entstandene Forderung ersetzt.

56. Was ist unter einer Sicherungsübereignung zu verstehen?

Bei einer Sicherungsübereignung wird das Eigentum an einer beweglichen Sache zur Absicherung eines Kredites auf den Kreditgeber (Bank) übertragen. Der Kreditnehmer bleibt jedoch Besitzer und kann die Sache nutzen (Besitzkonstitut). Erst bei vollständiger Tilgung des Kredits geht das Eigentum über.

57. Wie sind die Eigentums- und Besitzverhältnisse bei der Sicherungsübereignung?

Der Kreditnehmer bleibt unmittelbarer Besitzer, die Bank wird Eigentümerin und mittelbare Besitzerin.

58. Worin bestehen die Vorteile für den Kreditgeber und den Kreditnehmer bei einer Sicherungsübereignung?

Der Kreditnehmer hat die Möglichkeit, die Sache zu nutzen. Der Kreditnehmer muss die Sache nicht aufbewahren (vgl. Pfandrecht) und kann den Gegenstand im Falle der Nichtzurückzahlung des Darlehens verkaufen bzw. im Insolvenzfall „absondern“.

II. Basiswissen HGB (Handels- und Gesellschaftsrecht)

59. Was ist unter einer BGB-Gesellschaft zu verstehen?

Bei einer BGB-Gesellschaft schließen sich mehrere Personen zu einem gemeinsamen Zweck zusammen. Es besteht Gesamtgeschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis. Kaufverträge können nicht ohne Einwilligung aller Mitgesellschafter abgeschlossen werden. Der Gewinn wird, soweit vertraglich nicht anders vereinbart, zu gleichen Teilen pro Kopf auf die Gesellschafter aufgeteilt.

60. Wer kann Gesellschafter einer GbR sein?

Gesellschafter einer GbR können natürliche Personen, juristische Personen (z. B. GmbH, AG) und andere rechtsfähige Gesellschaften (z. B. oHG, KG) sein.

61. Kann man in der GbR die Haftung ausschließen?

Die Gesellschafter einer GbR haften gegenüber den Gläubigern für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft als Gesamtschuldner persönlich. Die Gläubiger können sich an jeden einzelnen Gesellschafter wegen der gesamten Forderung halten. Die Gesellschafter können dann im Innenverhältnis einen Ausgleich herbeiführen.

62. Kann man für eine GbR nur einen Phantasienamen wählen?

Nein. Gesellschafter einer GbR müssen im Rechtsverkehr mit ihren ausgeschriebenen Vor- und Zunamen auftreten. Sie müssen auf dem Geschäftspapier, auf Verträgen und am Geschäftslokal ihre Vor- und Zunamen anbringen. Neben diesem "muss" ist die Gesellschaft aber auch berechtigt, einen Sachzusatz bzw. einen Phantasiezusatz ihrer Wahl zu führen. Es empfiehlt sich dann, zur Vermeidung einer Verwechslung mit einer im Handelsregister eingetragenen Gesellschaft den Zusatz "GbR" zu führen und damit ein sog. Firmenmissbrauchsverfahren zu vermeiden.

63. Wer ist „Kaufmann“?

Das Handelsgesetzbuch unterscheidet verschiedene Arten von Gewerbetreibenden, die Kaufleute sein können. Dieses sind u.a.:

- a. *Istkaufmann ist, wer ein Handelsgewerbe betreibt (§ 1 HGB). Handelsgewerbe ist jeder Gewerbebetrieb, es sei denn, dass das Unternehmen nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert. Er muss sich in das Handelsregister eintragen lassen und gilt dann als eingetragener Kaufmann, wobei dieser Eintrag nur deklaratorischer Natur ist.*
- b. *Kannkaufmann ist nach § 2 HGB ein gewerbliches Unternehmen, dessen Gewerbebetrieb nicht schon nach § 1 Abs. 2 HGB ein Handelsgewerbe ist. Die Handelsregistereintragung hat hier konstitutive (rechtsbegründende) Wirkung.*
- c. *Ein Formkaufmann ist ein wirtschaftlicher Verein, der kraft Gesetzes ein Handelsgewerbe betreibt, § 6 Abs. 2 HGB. Hiermit sind die Kapitalgesellschaften und Genossenschaften gemeint. Sie sind Kaufleute kraft Rechtsform. Die Eintragung im Handelsregister ist konstitutiv, d. h. rechtsbegründend.*

64. Wann liegt ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Geschäftsbetrieb vor?

Ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Geschäftsbetrieb ist dann zu vermuten, wenn das Unternehmen doppelte Buchführung verwendet, Angestellte hat, Filialen hat, eine gewisse Umsatzhöhe erreicht, Bilanzen erstellt....

65. Ist jeder Kaufmann verpflichtet, sich in das Handelsregister einzutragen?

Gemäß § 29 HGB ist jeder Kaufmann zum Handelsregister-Eintrag verpflichtet. Dagegen ist eine GbR/Arbeitsgemeinschaft (ARGE) nichteintragungspflichtig.

66. Was ist das Handelsregister?

Als Handelsregister bezeichnet man ein öffentliches Verzeichnis, das Eintragungen über die angemeldeten Kaufleute in einem bestimmten geografischen Raum führt. Das Handelsregister soll eine Publikations-, Beweis-, Kontroll- und Schutzfunktion erfüllen.

67. Wo werden Handelsregister geführt?

Handelsregister werden gemäß § 8 HGB beim zuständigen Amtsgericht geführt.

68. Welche Abteilungen gibt es beim Handelsregister?

- a. *In Abteilung A des Handelsregisters werden Einzelkaufleute und Personengesellschaften eingetragen.*
- b. *In der Abteilung B des Handelsregisters werden Kapitalgesellschaften (u.a. GmbH, AG) eingetragen.*

69. Wo und durch wen ist der Antrag auf Eintragung in das Handelsregister einzureichen?

Der Antrag ist durch einen Notar beim zuständigen Amtsgericht einzureichen.

70. In welcher Form muss der Antrag auf Eintragung erfolgen?

Der Antrag ist elektronisch in öffentlich beglaubigter Form einzureichen.

71. Wie erfolgen die öffentlichen Bekanntmachungen der Handelsregistereintragungen?

Handelsregistereintragungen werden gemäß § 10 HGB in den von den Landesjustizverwaltungen bestimmten elektronischen Informations- und Kommunikationssystemen veröffentlicht.

72. Welche Personen können in das Handelsregister einsehen?

Jede Person hat das Recht zur Einsichtnahme.

73. Was versteht man im Rechtssinn und im normalen Sprachgebrauch unter einer Firma?

Die Firma ist gem. § 17 HGB der Name des Kaufmanns, unter dem er seine Geschäfte betreibt, seine Unterschrift abgibt und klagt bzw. verklagt werden kann.

74. Zwischen welchen Firmengrundsätzen wird in der Regel unterschieden?

- a. *Grundsatz der Firmenbeständigkeit (§ 22 HGB)*
- b. *Grundsatz der Firmenunterscheidbarkeit (= Firmenausschließlichkeit)*
- c. *Grundsatz des Irreführungsverbot (= Firmenwahrheit)*
- d. *Grundsatz der Firmenklarheit (zur Kennzeichnung geeignet)*
- e. *Grundsatz der Firmenöffentlichkeit (Eintragung HR)*

75. Welche grundsätzlichen Möglichkeiten bestehen für die Bildung einer Firma?

- a. *Die Firma kann dem Gegenstand des Unternehmens entnommen sein („Sachfirma“) Beispiel: Weinhandel Rebe e.K.; § 19 (1) Nr. 1 HGB*
- b. *Sie kann sich an den Namen des Inhabers oder Gesellschafters anlehnen („Personenfirma“ Beispiel: Friedrich Krupp GmbH;*
- c. *Sie kann eine reine Phantasiebezeichnung sein („Phantasiefirma“) Beispiel: „WiR Aktiengesellschaft“;*
- d. *Mischfirma*

76. Welche Rechtsformzusätze sind gesetzlich möglich?

Folgende Rechtsformzusätze sind gesetzlich möglich:

- a. für Einzelkaufleute: "eingetragener Kaufmann", "eingetragene Kauffrau" oder eine allgemein verständliche Abkürzung dieser Bezeichnung, z. B. "e.K.", "e.Kfm." oder "e. Kfr."
- b. für die offene Handelsgesellschaft: "offene Handelsgesellschaft" oder eine allgemein verständliche Abkürzung dieser Bezeichnung, z. B. "oHG"
- c. für die Kommanditgesellschaft: "Kommanditgesellschaft" oder eine allgemein verständliche Abkürzung dieser Bezeichnung, z. B. "KG"
- d. für die GmbH: "Gesellschaft mit beschränkter Haftung" oder eine allgemein verständliche Abkürzung dieser Bezeichnung, z. B. "GmbH"
- e. für die Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) oder UG (haftungsbeschränkt)
- f. für die Aktiengesellschaft: "Aktiengesellschaft" oder eine allgemein verständliche Abkürzung dieser Bezeichnung, z. B. "AG"
- g. Haftet bei einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft keine natürliche Person persönlich, so muss die Haftungsbeschränkung in der Firma erkennbar sein, z. B. durch den Zusatz "GmbH & Co. KG" bzw. "GmbH & Co. oHG".

77. Wie unterscheiden sich Prokura und Handlungsvollmacht?

a. Prokura

- Erteilung durch den Kaufmann
- Eintragung im Handelsregister
- berechtigt zur Erledigung aller gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäfte und Rechtshandlungen, die der Betrieb irgendeines Handelsgewerbes mit sich bringt
- keine Geschäfte, die die Existenz, die Rechtsform und die Ausgestaltung des Geschäfts betreffen, wie z.B.: Unterzeichnung des Jahresabschlusses, Erteilung der Prokura, Anmeldung des Insolvenzverfahrens

b. Handlungsvollmacht

- Erteilung durch den Kaufmann oder einen seiner Vertreter
- keine Eintragung der Handlungsvollmacht in das Handelsregister
- berechtigt zur Erledigung einzelner oder der Art nach bestimmter Geschäfte bzw. aller Geschäfte und Rechtshandlungen, die ein derartiges Handelsgewerbe gewöhnlich mit sich bringt
- keine Grundlagengeschäfte, wie z.B.: Veräußerung von Grundstücken, Wechselverbindlichkeiten, Prozessführung, Aufnahme eines Darlehens, Abschluss eines Mietvertrages, Prokura erteilen,...

78. Kann der Umfang einer Handlungsvollmacht bzw. der Prokura mit Wirkung nach außen beschränkt werden?

Der Umfang der Prokura ist im Außenverhältnis nicht beschränkbar. (Im Innenverhältnis kann ggf. Schadenersatz gefordert werden.)

Die Handlungsvollmacht ist nach außen hin beschränkbar, wenn der Dritte die Beschränkung kannte bzw. hätte kennen müssen.

79. Ist die allgemeine Handlungsvollmacht durch den Handlungsbevollmächtigten auf Dritte übertragbar?

Die allgemeine Handlungsvollmacht ist gemäß § 58 HGB auf Dritte nicht übertragbar.

80. Müssen sich alle Kaufleute in das Handelsregister eintragen lassen?

Kaufleute gemäß § 1 HGB, die aufgrund u.a. der Anzahl ihrer Mitarbeiter und der Höhe des Umsatzes einen in kaufmännischer Art und Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb benötigen, sind gemäß § 29 HGB zur Eintragung verpflichtet. Die Eintragung hat deklaratorische Wirkung.

81. Worin unterscheiden sich die Begriffe Geschäftsführung und Vertretung.

- Geschäftsführung: Innenverhältnisbefugnisse
- Vertretung: Außenverhältnisbefugnisse

82. Was ist unter einem Einzelunternehmen zu verstehen?

Wird ein Gewerbetreibender allein ohne Beteiligung anderer Personen (als Gesellschafter) tätig und gründet er für seine Tätigkeit auch keine Kapitalgesellschaft wie z. B. eine "Ein-Personen-GmbH", so ist er Einzelunternehmer. Er wird dann entweder als Kaufmann gemäß § 1 Abs. 1 oder § 2 Handelsgesetzbuch oder wenn seine Tätigkeit nach Art und Umfang keinen kaufmännischen Geschäftsbetrieb erfordert, als sog. Kleingewerbetreibender gemäß § 1 Absatz 2 Handelsgesetzbuch tätig.

83. Was ist eine OHG?

Eine offene Handelsgesellschaft (OHG) ist ein Zusammenschluss von mindestens zwei Gesellschaftern, die einen gemeinsamen Zweck verfolgen, nämlich den Betrieb eines Handelsgewerbes unter einer gemeinschaftlichen Firma, ohne das eine Haftungsbeschränkung der Gesellschafter gegenüber Gläubigern besteht. Die Gesellschafter bilden somit eine Tätigkeits-, Vermögens-, Risiko- und Haftungsgemeinschaft.

84. Welche rechtliche Wirkung hat bei der Gründung einer OHG die Handelsregistereintragung?

Die Eintragung hat lediglich deklaratorische Wirkung, d.h. rechtserklärende Wirkung.

85. Wer haftet in der OHG für Schulden der Gesellschaft gegenüber Gläubigern?

Die Gesellschafter einer OHG haften nach § 128 HGB für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft als Gesamtschuldner persönlich. Jeder haftet unmittelbar, unbeschränkt und gesamtschuldnerisch.

86. Was ist eine Kommanditgesellschaft?

Eine Kommanditgesellschaft (KG) ist eine Personengesellschaft, in der sich zwei oder mehr natürliche Personen oder juristische Personen zusammengeschlossen haben, um unter einer gemeinsamen Firma ein Handelsgewerbe zu betreiben, wobei mindestens ein Gesellschafter der Komplementär (auch persönlich haftender Gesellschafter oder Vollhafter) und ein weiterer ein Kommanditist (Teilhafter) ist.

87. Zu welchem Zeitpunkt entsteht eine Personengesellschaft im Innen- und Außenverhältnis?

Die Gründung setzt im Innenverhältnis zwischen den Gesellschaftern den Abschluss eines Gesellschaftsvertrages voraus. Soweit vertraglich nichts anderes vereinbart wurde, entsteht die PersG mit Abschluss des Gesellschaftsvertrages. Im Außenverhältnis entsteht die Gesellschaft bereits mit Aufnahme der Geschäfte, § 161 i.V.m. § 123 Abs. 2 HGB.(HR-Eintrag nur deklaratorisch)

88. Wie haften die Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft?

- a. *Komplementär = Vollhafter: Er haftet mit seinem Gesamtvermögen.*
- b. *Kommanditist = Teilhafter: Er haftet persönlich bis zur Höhe seiner ausstehenden Einlage.*

89. Muss die Höhe der Einlage eines Kommanditisten in das Handelsregister eingetragen werden?

Aufgrund der Haftungsbeschränkung muss die Höhe der Kommanditeinlage in das Handelsregister eingetragen werden. Die Eintragung hat konstitutive Wirkung.

90. Wie sieht die Haftungsregelung beim Kommanditisten vor und nach Handelsregistereintragung aus?

Vor Handelsregistereintragung haftet ein Kommanditist wie ein persönlich haftender Gesellschafter, soweit seine Stellung einem Gläubiger nicht bekannt war (§ 176 HGB). Nach

Handelsregistereintragung ist die Haftung auf die Höhe der noch nicht geleisteten Einlage beschränkt (§ 171 HGB).

91. Welche Rechte hat ein Kommanditist bei der Geschäftsführung/Vertretung)?

Ein Kommanditist hat keine Vertretungsbefugnis und darf nicht im Namen der KG Rechtsgeschäfte tätigen (§ 170 HGB). Bei gewöhnlichen Rechtsgeschäften steht ihm auch kein Widerspruchsrecht zu (§ 164 BGB).

92. Warum kann es für einen Vollhafter von Vorteil sein, in der Rechtsform einer KG Kommanditisten bzw. als stille Gesellschaft einen typischen stillen Gesellschafter „aufzunehmen“?

- a. *Kommanditisten/typische stille Gesellschafter sind von der Geschäftsführung/Vertretung ausgeschlossen (etwaige Rechtsgeschäfte durch sie wären für die Gesellschaft unwirksam).*
- b. *Das Kapital der neuen Gesellschafter kann sofort und unbefristet zur Verfügung stehen.*
- c. *keine Abhängigkeit von Banken (keine Sicherheiten, keine Tilgung)*

93. Worin unterscheiden sich grundsätzlich typische (echte) und atypische (unechte) stille Beteiligungen?

Typische stille Gesellschafter sind von der Geschäftsführung ausgeschlossen und nicht an den stillen Reserven der Gesellschaft beteiligt. Atypische stille Gesellschafter gelten als „Mitunternehmer“.

94. Wie erfolgt die vertragliche Gewinn- und Verlustverteilung innerhalb einer stillen Gesellschaft?

Die stille Gesellschaft entsteht per formfreien Vertrag. Die Gewinn- und Verlustbeteiligung erfolgt durch entsprechende vertragliche Vereinbarung oder in einem angemessenen Verhältnis (233 HGB).

95. Was ist unter einer Partnerschaftsgesellschaft zu verstehen?

Bei einer Partnerschaftsgesellschaft schließen sich natürliche Personen in Ausübung sog. freier Berufe (Rechtsanwalt, Steuerberater, Ärzte, Heilpraktiker, etc.) zusammen (§ 1 PartGG). Der Name der Partnerschaft muss den Namen mindestens eines Partners, den Zusatz "und Partner" oder "Partnerschaft" sowie die Berufsbezeichnungen aller in der Partnerschaft vertretenen Berufe enthalten. (§ 2 PartGG). Der Gesellschaftsvertrag bedarf der Schriftform (§ 3 PartGG) und die Partnerschaftsgesellschaft entsteht nach außen mit Eintragung in das Partnerschaftsregister (§ 7 PartGG).

96. Wie ist die Haftung für Verbindlichkeiten bei der Partnerschaftsgesellschaft geregelt?

Für Verbindlichkeiten der Partnerschaft haften den Gläubigern neben dem Vermögen der Partnerschaft die Partner als Gesamtschuldner. Waren nur einzelne Partner mit der Bearbeitung eines Auftrags befasst, so haften nur sie für die eigenen beruflichen Fehler neben der Partnerschaft.

97. Was ist unter dem gesetzlichen Wettbewerbsverbot bei Personengesellschaften zu verstehen?

Ein Gesellschafter (Vollhafter) darf ohne Einwilligung der anderen Gesellschafter weder in dem Handelszweig der Gesellschaft Geschäfte machen noch an einer anderen gleichartigen Handelsgesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter teilnehmen (§ 112 HGB). Gemäß § 165 HGB findet diese Vorschrift auf Kommanditisten keine Anwendung, da diese weder Geschäftsführungsbefugnis noch Vertretungsmacht haben.

98. Nach welchen Kriterien lassen sich grundsätzlich Kapitalgesellschaften von Personengesellschaften abgrenzen?

	PersG	KapG
• Zahl Gesellschafter	mind. 2 Gesellschafter	mind. 1 Gesellschafter
• Mindestkapital	kein Mindestkapital	Mindestkapital erforderlich
• Haftung	Gesellschafter mit Gesellschafts- und Privatvermögen (Ausnahme KG)	Gesellschaft mit Gesellschaftsvermögen

- | | | |
|--------------------|----------------------|--------------------------|
| • Geschäftsführung | durch Gesellschafter | Vorstand/Geschäftsführer |
| • Stimmrecht | nach Köpfen | nach Kapitalanteilen |

99. Welche Gesellschaftsformen sehen eine Haftungsbeschränkung vor?

Zu den Gesellschaften, die eine Haftungsbeschränkung vorsehen, gehören die GmbH, die Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt) sowie die Limited.

100. Was ist eine GmbH und wie erfolgt ihre Gründung?

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist eine Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit (juristische Person). Die Haftungsbeschränkung besteht darin, dass die Haftung lediglich mit dem Geschäftsvermögen erfolgt – die Gesellschafter haften nicht für Verbindlichkeiten der Gesellschaft. Eine GmbH kann von juristischen oder natürlichen Personen gegründet werden. Die Errichtung erfolgt durch eine oder mehrere Personen mit Abschluss eines Gesellschaftsvertrages. Dieser muss notariell beurkundet werden. Die Kapitaleinlagen der Gesellschafter bilden das Stammkapital der Gesellschaft.

101. Wann entsteht eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) im Außenverhältnis?

Eine GmbH entsteht als juristische Person am Tag der Eintragung in das Handelsregister. Die Eintragung ist konstitutiv.

102. Inwieweit müssen die gesetzliche Stammeinlage und das Stammkapital bei Eintragung erbracht sein?

Die Anmeldung darf erst erfolgen, wenn auf jeden Gesellschafteranteil ein Viertel des Nennbetrags seiner Stammeinlage eingezahlt ist § 7 (2) GmbHG. Insgesamt muss auf das Stammkapital mindestens die Hälfte des Mindeststammkapitals eingezahlt sein § 5 (1) GmbHG.